

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker **Lobeck's** Marke: Dreiring

Fondant-Chocolade
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

per Tafel 50 Pf

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Anzeigen bis 10 Uhr, Sonntags nur Anzeigen bis 11 Uhr. Die einseitige Anzeigenspalte (ca. 6 Zeilen) zu 20 Pf. Familien-Anzeigen aus Dresden 25 Pf.; die zweifelhafte (10 Pf. die zweifelhafte Anzeigenspalte 1,50 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einseitige Anzeigenspalte 25 Pf., Familien-Anzeigen aus Dresden die Anzeigenspalte 30 Pf. — Ausländische Anzeigen nach Vereinbarung. Jedes Preisblatt liefert 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Begleit-Geld
Befreiung für Dresden bei täglicher zweifelhafter Zeitung (an Sonn- und Feiertagen mit einem) 2,50 M., durch ausgedehnte Abonnements bis 1,50 M. Bei einseitiger Zustellung durch die Post 1 M. (Abweichend). Die von Dresden von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gesammelten Abend-Ausgaben erhalten die aussergewöhnlichen Beiträge mit der Morgen-Ausgabe zusammen gedruckt. Nachdruck mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.“) möglich. — Unsernige Anzeigenspalten werden nicht ausgesetzt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Kretschmar, Bösenberg & Co.
Königl. Sächs. Hoflieferanten
Sorrorstraße 5 und 7 nahe Pirnaischer Platz

Wie beleuchten wir unsere Wohnräume?
Dieses kleine Büchlein enthält alles für das Publikum Wissenswertes über die Beleuchtung der Wohnräume, sowie das Kochen mit Gas und ist mit Abbildungen von Leuchtern für alle Wohnräume, sowie von Kochern und Platten versehen. Wir geben dasselbe an Interessenten gratis ab.

Kompl. Wohnungs-Beleuchtungs-Einrichtung:
Salon: Schmucke Bronzekrone, Gesamtpreis
Wohnzimmer: Messing-Zuglampe mit Mark 50.
Perlehang.
Korridor: Messing-Lyra mit Kleinsteller, Teilzahlungen
Küche: Lyra und Kocher mit Schlauch, gern gestattet.

Respiratoren zum Schutze der Arbeiter in den Oxydationsräumen gegen starksaure Dämpfe beim Anilinschwarzfärben, Chlor- oder Schwefelbleichen, säurefeste Bekleidungsstücke, Gummihandschuhe etc. empfiehlt

Carl Wendschuchs Etablissement Struvestrasse 11.

Für eilige Leser.

Natürliche Witterung: Westwind, mild, zeitweilige Regen.
Das **Dresdner Sechstage-Nennen** wurde gestern Abend beendet. Sieger sind Lorenz-Saldow. Der Kaiser wird am 2. März früh in Wien eintreffen und abends nach Venedig weiterreisen.
Im **Reichstage** sprach gestern Staatssekretär Dr. Delbrück bei der Beratung des Etats des Reichsamt des Innern in längerer Ausführungen über die Mittelhandelsfrage.
Der neue bairische Ministerpräsident Hr. v. Hertling hielt gestern im Abgeordnetenhause eine längere Rede über sein Regierungsprogramm.
Die **Marineverwaltung** beabsichtigt, vom April dieses Jahres ab die aus vier großen und sechs kleinen Kreuzern bestehende Aufklärungsflotte von Kiel nach Wilhelmshaven zu verlegen und dauernd in der Nordsee zu stationieren.
In **Rostock** soll eine Yachtwarte zur Erforschung der höheren Küstfischen gegründet werden.
Der Streit auf den **Schidauerwerken** läßt nach. Auf den Elbinger Werken waren gestern 250 Arbeiter mehr erschienen als vorgestern.
Präsident **Kallières** hat einen Gesetzentwurf unterzeichnet, durch den das militärische Flugwesen in Frankreich organisiert wird.

Roosevelt und Taft.

Im Juni finden in den Vereinigten Staaten von Amerika die sogenannten Nationalkonvention statt, die über die Aufstellung der Kandidaten zur Präsidentenwahl Beschluß fassen; die Republikaner werden in Baltimore, die Demokraten in Chicago tagen. In früheren Zeiten war die Lage der Regel nach schon monatelang vor dem Zusammentritt dieser Versammlungen so weit geklärt, daß die Personen der Bewerber um das höchste Staatsamt der großen Republik bereits feststanden und es sich bei der endgültigen Nominierung nur noch um eine Formfrage handelte. Diesmal aber herrscht in beiden Parteilagern so viel Unklarheit und Verwirrung, daß sich heute (schlechterdings noch nicht übersehen läßt, wer schließlich im entscheidenden Augenblick auf den Schild gehoben werden wird. Auf demokratischer Seite ist mit Sicherheit nur das eine zu sagen, daß Bryan, der ehemals so gewaltige Sympathien auf sich vereinigte, der Ortorene nicht sein wird. Bryans Stern ist augenscheinlich so gut wie erloschen, und es müssen schon ganz besondere unvorhergesehene Umstände eintreten, um die im letzten Aufblühen befindliche Versuchskraft seines politischen Scheiterns noch einmal anzufachen. Als aussichtsreichster demokratischer Kandidat wird zumelst der Gouverneur von New Jersey Wilson genannt, der aber in seiner ganzen Persönlichkeit so wenig Jugkraft besitzt, daß bis zum Juni wohl noch ein anderer an seiner Stelle ausfindig gemacht werden dürfte.
Das Hauptinteresse vereinigt sich auf die Vorgänge im republikanischen Lager, wo Roosevelt und Taft um die Palme streiten. Präsident Taft war bekanntlich zuerst von Theodore Roosevelt dazu außersehen worden, der Schrittmacher für die Rooseveltischen Regierungsgrundsätze zu sein. Der temperamentvolle „Kaubretter“ ersah als kluger Staatsrat seinen Vorteil darin, wenn er einen Amstertin überhüht, teils um der öffentlichen Meinung seines Landes Zeit zu lassen, sich von dem wilden Gallo der zweimaligen Rooseveltischen Präsidentschaft etwas an verschaffen, teils um durch den erhofften Abfall der Taiftischen Präsidentschaft gegen die Rooseveltische „Glanzperiode“ die Bedeutung „Teddy“ in um so helleres Licht zu rücken. Wenn Roosevelt gerade Herrn Taft zu dem Rute seines Platzhalters anersah, so besorgte er dabei das nicht sein, mit glatten Köpfen, und die nachts gut schlafen. Die Rechnung trat aber diesmal, da Mr. Taft seiner körperlichen Veranlagung zum Troste, die ihn zu einer bloßen politischen Figur à la Kallières ohne eigenen Willen mit ausgeprochenem Gange zur Bequemlichkeit zu prädestinierten schien, eine nach außen hin zwar wenig laute, dafür aber in der Sache tiefbewachte Energie entwickelte, die weit entfernt war, sich an den Siegeswagen Theodore Roosevelts spannen zu lassen. Herr Taft ging kurz entschlossen seine eigenen Wege und kümmerte sich um die Politik seines ehemaligen Vizepräsidenten Roose-

velt, die er nach dessen Erwartung vertreten sollte, nicht einen Deut. Eine Zeitlang schien es auch wirklich, als würde es ihm gelingen, den stürmischen Draufgänger Teddy aus dem Sattel zu heben, zumal, nachdem dieser auf seiner europäischen Rundreise die Reklametrommel in einer selbst für amerikanische Begriffe etwas gar zu lebendigen Weise gerührt hatte. Theodore Roosevelt schien bereits erlabigt zu sein, und wer weiß, ob er aus der Vertiefung wieder emporgehoben wäre, wenn nicht Präsident Taft sich in seinem Nebenreifer für England und Frankreich mit seiner neuen Erfindung der „Schiedsgerichtsverträge für alles“ arg in die Messen gekehrt hätte.

Bisher galt in der gesamten Schiedsgerichts-bewegung als leitender Grundsatz, daß Fragen der nationalen Ehre und des staatlichen Lebensinteresses unbedingt von einer schiedsgerichtlichen Behandlung ausgeschlossen sein müßten. Herr Taft aber wollte der Welt ein leuchtendes Beispiel von der „angelächlichen Solidarität“ geben und versiel deshalb auf den kurzen Gedanken, den Engländern einen Friedensvertrag für alle „fälle“ vorzuschlagen, der auch den Ehren- und Interessenpunkt miteinschließen sollte. Bei den engen Beziehungen, die zwischen London und Paris bestehen, konnte schließlich die französische Republik nicht umgangen werden, und so wurde denn den beiden westmächtlchen **Ministern** von Washington aus eine entsprechende Vorlage unterbreitet. Diese „Originalidee“, auf die Herr Taft sich ganz besonders viel zugute tat, sollte ihm verhängnisvoll werden. In seiner eigenen republikanischen Partei erstanden ihm zahlreiche einflussreiche Widerwärtler, die der Meinung waren, daß es gefährlich für die Union sei, sich in solcher engen Weise auf Gedeih und Verderb mit England zusammenzulegen. Ramentlich wurde dabei die Monroedoktrin ins Gesicht geführt, dieser so überaus heikle Gegenstand, der mit dem nationalen Empfinden der Amerikaner auf das Innigste verwachsen ist. Man wies u. a. auf die Möglichkeit hin, daß eine fremde Macht, d. h. England, zur Sicherung ihrer Stellung gegenüber dem Panamakanal ein Auge auf die dort vorgelagerten Galapagos-Inseln werfen und versuchen könnte, sie von Ecuador käuflich zu erwerben. Dann müßte vor einem Schiedsgerichtshof die für die Union ein Lebensinteresse bedeutende Frage erörtert werden, ob die genannten Inseln, die für die Beherrschung des Panamakanals von höchster Wichtigkeit sind, trotz flagranter Verletzung der Monroedoktrin, Amerika für die Amerikaner, an eine fremde Macht veräußert werden dürften. Von deutscher und irischer Seite wurde außerdem gegen die neuen Schiedsgerichtsverträge mit der Begründung mobil gemacht, daß sie eine feindliche Spitze gegen Deutschland enthielten, und so sah schließlich Herr Taft eine geschlossene Palanz von Gegnern entstehen, welche die Aussichten für seine Wiederwahl außerordentlich verschlechtert hat.

Theodore Roosevelt hat die Schwäche in der Stellung Tafts sofort benutzt, um seine eigene Position wieder in den Vordergrund zu schieben. Er hat die „Bescheidenheit“, mit der er eine Zeitlang von der politischen Schaubühne abtreten und in der großen Masse verschwinden wollte, plötzlich wieder satt bekommen und sich damit einverstanden erklärt, daß die ihm anhängenden sogenannten „fortschrittlichen Republikaner“, die Herr Taft verächtlich als „Neurotiker“ erklärt hat, seine Kandidatur proklamieren. Interessant ist das neue Programm, zu dem Roosevelt sich bekennt. Es fehlt darin nämlich bezeichnenderweise an leitender Stelle der früher als Hauptpunkt behandelte Kampf gegen die Trunks, in dem der forsche „Teddy“ ausnehmend ein Haar gefunden hat, so daß er ihn nunmehr bloß „nebenbei“ behandelt. Die Hauptfrage sind für ihn diesmal allerlei radikale Forderungen demokratischen Charakters, wie z. B. das Recht für das Volk, Richter, deren Entscheidungen öffentlichen Unwillen erregen, abzusetzen; außerdem verlangt er die Einführung des Referendums nach schweizerischem Muster und die Befugnis für das Volk, auf diesem Wege auch Initiativanträge im Parlament einzubringen. Die auf die Absetzung der Richter bezügliche Forderung zielt mittelbar gegen die Trunks, die sich nach Roosevelt's Meinung eines so starken Rückhalts beim Oberbundesgerichte erfreuen. Je heftiger der Wahlkampf entbrennt, desto mehr fühlt sich auch „Teddy“ wieder in seinem Elemente, und es wird nach allen bisherigen Erfahrungen mit der Rooseveltischen Eigenart für den europäischen Politiker höchst amüsan und reizvoll sein, das Duell Roosevelt-Taft in seinen einzelnen Gängen zu beobachten.

Neueste Drahtmeldungen

vom 5. März.
Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern wird fortgesetzt. Abg. Dr. Dertel (konf.): Ein Sozialdemokrat hat jüngst außerhalb des Hauses den Reichstag ein Duaselhäus genannt. Ich mache mir dieses herbe Urteil nicht zu eigen, aber es scheint wirklich beim Gehalt des Staatssekretärs zu viel geredet zu werden. (Zuruf: Warum reden Sie denn da?) Ueber die **Eljak-Vorbringen** werden wir erst beim Etat des Reichsamtlers sprechen. Wir haben die Entwicklung, die sich sehr vollzieht, vorausgesehen und deshalb die Verfassungsreform nicht mitemacht. In der Frage: Beamte und Sozialdemokratie stehe ich völlig auf dem Standpunkte des Ministers v. Dallwitz. Der Redner spricht gegen die Zigeunerfrage und dann über die **Frauenbewegung**, die ihm an und für sich sympathisch ist. Zu verurteilen seien die Ausforderungen der englischen Stimmrechtsweiber. Die Frau solle sich nicht in den politischen Kampf hineinmischen. Durch eine Resolution fordern wir den Schutz der Arbeitswilligen. Wir wollen kein Ausnahmegericht, machen aber auch keine bestimmten Vorschläge. Das ist Sache der Regierung. Wir wollen nur die arbeitswilligen Arbeiter vor Gewalttätigkeiten schützen. Da müßten alle Parteien unserer Meinung sein. Ich verwerfe den Standpunkt des Staatssekretärs nicht, der erklärt hat, daß eine Änderung der Gesetze nicht notwendig sei. Er legt sich da mit dem Reichsamtler in Widerspruch, der die Frage wenigstens offen gelassen hat. Der Redner behauptet, daß die Nationalliberalen sich bereits gegen diese Resolution ausgesprochen haben. Die Nationalliberalen in Sachsen und in Hamburg seien aber dafür, ebenso im stillen mandes Mitglied der nationalliberalen Fraktion. Wenn es so weiter geht wie bisher, dann wird nicht nur das Vertrauen der Arbeitgeber erschüttert, sondern auch das Vertrauen der nichtsozialdemokratischen Arbeiter, die keinen Schutz bei den Behörden finden und deswegen zum leichten Refugium streiten müssen, der Sozialdemokratie beizutreten. Nun die **Wirtschaftspolitik**. Die Erfahrungen mit den Amerikanern sollten uns die ernste Frage nahelegen, ob unser sozialpolitisches Nützlichem solchen rücksichtslosen Gegnern gewachsen ist. Ich bleibe bei meinem alten Standpunkt: Hoch- und Mindertarif. Ich bitte den Staatssekretär, bei der Vorbereitung der Handelsverträge nicht nur technische, sondern allgemeine handelspolitische Rücksichten zu nehmen. Ueber die Erhöhung der Getreidezölle, die wir erstreben müssen, sind irgendwelche Beschlüsse vom Bund der Landwirte oder von den Konservativen noch nicht gefaßt worden. Wir wollen den Läden **losen Sozialtarif**, ebenso wie die Industrie. Wir haben besonders die Läden bei der Gärtnerei im Auge. In der Sozialpolitik wollen wir nicht Stillstand, sondern Fortschritt. Sie muß ergänzt werden zur Achtung und Hebung der selbständigen Erzeugnisse im Mittelstand. Wir verurteilen das Bauernlegen. (Lachen links.) Unter der Leutenot leiden am meisten die mittleren Bauern. Man sollte der heranwachsenden Jugend etwa im Alter von 14 bis 16 Jahren die Beschäftigung in gewissen Industrien verbieten. Wir konfessionieren nicht. (Lachen links.) Wenn einzelne Personen zu etwas tun würden wir es mißbilligen. Etwas anderes ist es, wenn man politisch Nachebende auffordert, nur bei politischen Freunden zu kaufen. Die größte Gefahr für den Mittelstand ist die Verflanzung einiger Großbanken mit ein paar großindustriellen Unternehmungen. Diese Leute finden überall offene Hand. Zwei- bis dreihundert dieser Leute führen das Regiment in Deutschland; das ist eine Bedrohung des wirtschaftlichen Lebens, ja der Monarchie. Wir brauchen eine kräftige Regierung, die große Mittel anwendet. Die Erhaltung des Mittelstandes ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. (Beifall.)
Staatssekretär **Dr. Delbrück** bekräftigt zunächst, daß seine Ausführungen über das geforderte Arbeitswilligengeseß anderen Regierungserklärungen widersprechen und wiederholt seine Erklärung, daß nach seiner Auffassung die Reimungung des § 153 der Gewerbeordnung anstreibe, wenn die zukünftigen Organe des Staates ihre Pflicht tun. Der Staatssekretär macht dann einige allgemein angelegte Ausführungen über die **Mittelstandfrage**. Man muß die verschiedenen Arten des Mittelstandes auseinanderhalten. Der bäuerliche Mittelstand habe eine Veranlassung zu so heftigen Klagen wie der gewerbliche nicht. Der Bauernstand habe sich unter dem Einfluß unserer Wirtschaftspolitik weiselos gehoben, und es würde nicht ratsam sein, von Reich wegen einzugreifen in die Entwicklung. Das ist Sache der Bundesstaaten. Beim gewerblichen Mittelstand muß man unterscheiden zwischen dem selbständigen Mittelstand und dem neuen Mittelstand, für den wir jetzt das Versicherungsgeseß der Privatbeamten gemacht haben, machen. Dieser neue Mittelstand gehört mir zu den Tiefständern unserer gesamten Entwicklung, und das Versicherungsgeseß ist ein Beweis der Fürsorge von Regierung und Reichstag. Die dadurch der Produktion auferlegten Kosten sind nicht gering. Das sollte man in den Kreisen des neuen Mittelstandes nicht vergessen. Geseß haben auch diese Herren berechnete Wünsche, insbesondere nach Gleichstellung in ihren Rechtsverhältnissen mit den Handlungsgeseß.

COGNAC MEUKOW